



Foto: Mahmoud Dabdoub

## Protokoll - Zweiter Fachtag „Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik“

Leipzig, 19. und 20. März 2015



## Zusammenfassung der Ergebnisse

Der zweite Fachtag zum Thema, konzipiert von Roland Drubig und Stephan Dünwald im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH, fand in Leipzig statt. Rund 50 Teilnehmende aus dem ganzen Bundesgebiet – darunter Flüchtlinge, Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft – nahmen an der Veranstaltung teil. Eines der Ziele des Fachtags war es, zu sehen, wie die Resonanz der verschiedenen Akteure auf das Thema ist. Hier ist festzustellen, dass seitens der Kommunalvertretungen sehr viele Teilnehmende aus dem Bereich der Integrations- bzw. Ausländerbeiräte kamen und nur wenige aus dem Bereich Entwicklungspolitik. Letztere vertraten zumeist Vereine und nicht-kommunale Interessensgruppen oder Institutionen. Entsprechend lässt sich festhalten, dass viele der eingebrachten Vorschläge auf die Integration und Inklusion von Flüchtlingen abzielten und weniger auf den Bereich Entwicklungspolitik auf kommunaler Ebene.

## Eingangsveranstaltung: Bericht von Geraud Potago

Geraud Potago trug seine Fluchtgeschichte gegliedert in drei Teile vor: Zunächst berichtete er darüber, wie er als Philosophiestudent wegen eines harmlosen Protests gegen die Erhöhung von Lebensmitteln und Benzinpreisen in Gefahr geriet, verhaftet zu werden und deshalb aus Kamerun flüchten musste. Seine Flucht durch verschiedene afrikanische Staaten endete zunächst in Marokko. Es folgten mehrere Jahre in Marokko, wo er mit vielen anderen Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten versuchte, die Grenzbefestigungen vor den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Mehrfach wurde er in die algerische Wüste abgeschoben. Die Flüchtlingscamps wurden regelmäßig von marokkanischen

Sicherheitskräften geräumt und zerstört. Die Versuche, Zäune und Befestigungen zu überwinden oder über das Meer zu umgehen, forderten zahlreiche Tote, deren Zahl in den westlichen Medien heruntergespielt wurde. Am Ende seiner Ausführungen beschrieb er die Situation im Flüchtlingsheim in Brandenburg, wo er sich wie viele andere Flüchtlinge von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlte.

Geraud Potago übte offen Kritik an der Politik Deutschlands und anderer EU-Länder die auch mitverantwortlich für alle drei von ihm beschriebenen Situationen seien. Allerdings fügte er hinzu, dass in Deutschland wenigstens die Menschenrechte beachtet werden. Teilnehmende, die selbst über Flucht- und Migrationserfahrungen verfügten, empfanden seine Kritik als überzogen, da sie die positiven Aspekte des Daseins in Deutschland vernachlässigte. Gleichwohl hinterließ seine Geschichte einen starken Eindruck bei allen Teilnehmenden. Das Recht der Migrantinnen und Migranten, ihr Herkunftsland zu verlassen, wurde von der großen Mehrheit der Teilnehmenden bekräftigt.

Ein spezifischer Punkt in Gerauds Vortrag war die Passage, wie er auf dem Weg von Kamerun nach Norden in Bamako (Mali) auf europäische (meist deutsche) Aktivistinnen und Aktivisten traf, die gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten aus Westafrika, vor allem Mali, Niger und Togo, eine Karawane von Bamako zum Sozialforum in Dakar vorbereiteten. Er schloss sich dieser Karawane des frisch gegründeten Netzwerkes Afrique-Europe-Interact (AEI) an, die mit zahlreichen Aktionen für Bewegungsfreiheit der Migration und gegen Bemühungen der Migrationskontrollen seitens der EU demonstrierte. Er empfand eine große Solidarität unter den Beteiligten aber auch eine ebenso große Leere und Verlassenheit, als die Europäer anschließend wieder fuhren. Es dauerte etwa drei Jahre, bis er schließlich über Marokko und Spanien nach Deutschland kam und mit der Aktivisten-gruppe von Afrique-Europe-Interact wieder Kontakt

aufnehmen konnte. Seitdem ist er im Rahmen des Netzwerks aktiv und regelmäßig unterwegs um Vorträge zu halten. Das Thema wurde am folgenden Tag im Workshop „Netzwerke“ wieder aufgegriffen und differenziert diskutiert.



Foto: Mahmoud Dabdoub

## Einleitung zu Tag 2: Sichtbarkeit

Zu Beginn des zweiten Tages griff Stephan Dünnwald einleitend auf die Fluchtgeschichte Gerauds zurück und rekapitulierte einige Erkenntnisse des ersten Fachtags<sup>1</sup> zum Thema. Insbesondere die mangelnde „Sichtbarkeit“ von Flüchtlingen war eines der Ergebnisse des ersten Fachtags. Flüchtlinge werden, insbesondere auch in den Kommunen, die mit der Unterbringung oft an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, als Problem wahrgenommen. Sie sind zwar sichtbar, aber nicht als Akteure. Nicht die eigene Aktivität von Flüchtlingen wird thematisiert sondern Flüchtlinge werden als Objekte der Verwaltung, der Unterbringung und Versorgung gesehen sowie als Zielgruppe eines (häufig paternalistischen) ehrenamtlichen Engagements. Dieser Objektwahrnehmung gegenüber gelte es, die Handlungsbereitschaft und die Fähigkeiten von Flüchtlingen sichtbar zu machen und zu stärken sowie zum Beispiel die Möglichkeiten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit durch Flüchtlinge zu erkennen und zu fördern. Dazu könnten auch biographische Erzählungen wie die von

Geraud beitragen, die den enormen Willen bekunden, selbstgesteckte Ziele zu erreichen und die ein anderes Licht auf Flüchtlinge werfen.

## AG Hotel Cosmopolis

In dieser AG stellten Marc Guhr und Hayder „Jamal“ Shalal die Augsburger Kunstfiguration „Grandhotel Cosmopolis“ vor, ein Projekt das ehrenamtlich getragen wird.

Das Konzept des Grandhotels ist es, sowohl Flüchtlinge als auch Reisende als Gäste zu beherbergen. Der direkte Kontakt zwischen den Gästen und die Zusammenarbeit zwischen den Flüchtlingen und den ehrenamtlichen „Hoteliers“ stellt dabei eine Besonderheit dar.

Zu Beginn des Projektes gab es einen längeren Zeitraum zwischen Konzept und Umsetzung, der geprägt von Problemen der Qualifizierung, Anerkennung und Arbeitserlaubnis war. Dahinter musste die Kreativität zurückstecken. Der gemeinnützige Verein als Träger bekam keine kommunale Unterstützung für sein Vorhaben. Erst die Diakonie, Eigentümerin des Gebäudes, ermöglichte die Umsetzung unter der Bedingung, dass die Finanzierung über den Hotelbetrieb gelänge. Die Flüchtlingsunterbringung wurde von der Regierung von Schwaben verwaltet. Daraus entstand ein Spannungsfeld Heimleitung versus „Hoteliers“. Die Zusammenarbeit mit der Kommune gelang dann wieder im kulturellen Bereich und über die Durchführung von Veranstaltungen.

Aktuell geht es um die Verbesserung der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, indem z.B. andere migrantische Organisationen oder Unternehmen einbezogen werden sollen. Ungeklärt ist die Frage, ob dieses Modell dauerhaft funktioniert und ob andere Kommunen es übernehmen würden. Es gibt zwar Interesse aus anderen Städten, die ehrenamtliche Struktur des Vereins lässt aber nicht genügend

<sup>1</sup> 1. Fachtag Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik am 4./5.12.2014, Download des Protokolls: [www.service-eine-welt.de/images/text\\_material-4617.img](http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-4617.img)

Spielraum, um auf alle Anfragen in der nötigen Intensität einzugehen.

„Jamal“ – Bewohner des Grandhotels – beschrieb bildhaft die Unterschiede zu herkömmlichen Flüchtlingsheimen. Er betonte, dass die tägliche Arbeit mit anderen Flüchtlingen und Ehrenamtlichen sowie der Kontakt zu den Hotelgästen seinem Alltag einen Sinn geben. Durch das Konzept des Grandhotels finde Integration statt.

#### **Blitzlichter aus der Gesamtdiskussion in der AG:**

Ausgehend von dem Beispiel Grandhotel Cosmopolis ergab sich eine vielschichtige Diskussion über die Partizipationsmöglichkeiten von Flüchtlingen und der Rolle von Institutionen in Deutschland. Ein Problemfeld stellte aus Sicht der Teilnehmenden die Erfassung und der Einsatz von Kompetenzen von Flüchtlingen dar. Als Beispiel wurden Fachsprachkurse und Kurzzeitpraktika genannt. Wie können diese bescheinigt werden? Gibt es Lösungsansätze über die Industrie- und Handelskammer? Stehen Mittel aus dem Europäischen Sozialfond für kostenlose Sprachkurse wirklich zur Verfügung? In diesem Zusammenhang wurde auch ein stärkerer Impuls seitens der Wirtschaft und von Unternehmen gefordert, die wichtige Lobbyarbeit etwa bei der Anerkennung von Abschlüssen oder der Umsetzung von Weiterbildungsprogrammen leisten könnten. Dies müsse aber für alle Menschen gelten und nicht nur auf „Gala-Flüchtlinge“ zugeschnitten sein.

Was die Unterbringung von Flüchtlingen oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Aktivitäten betrifft, wurde vorgeschlagen, dass kirchliche Träger ihre freien Räume vermehrt zur Verfügung stellen sollten. Des Weiteren war sich die AG einig, dass die Rolle der Medien bezüglich der Themen Migration und Flucht zwiespältig sei. Eine zumeist problemzentrierte Berichterstattung erschwert neue Ideen und Konzepte der Zusammenarbeit im Bereich Flucht. Dennoch wäre es wichtig, vor allem lokale Medien zu gewinnen, um positive Zusammenhänge stärker in

den Fokus zu bringen und für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

#### **AG Netzwerke**

Zunächst stellten Olaf Bernau und Geraud Potago das Netzwerk Afrique-Europe-Interact aus Bremen Geraud Potago vor. Ziel des Netzwerks ist es, über Fluchtursachen und Flüchtlingsschicksale aufzuklären und Potenziale von Menschen zu stärken. Es entstand beim Weltsozialforum in Dakar 2011, in dessen Rahmen sich eine Karawane von Flüchtlingen sowie Aktivistinnen und Aktivisten aus Europa von Bamako nach Dakar aufmachte.

In dem Netzwerk arbeiten Gruppen aus Deutschland (sowie den Niederlanden und Österreich) Mali, Togo, Burkina Faso und Marokko zusammen. In Mali sind nicht nur Rückkehrer sondern auch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Netzwerk tätig. Außerdem die Vereinigung der Abgeschobenen Malis (AME) und Mitglieder der No Border Kampagne. Kontakte zu den abgeschobenen Menschen aus Mali konnten über Medico International und Pro Asyl hergestellt werden. Heute existiert eine solche Vereinigung von Abgeschobenen auch in Togo. In Marokko unterstützt das Netzwerk eine Rasthauswohnung für junge Flüchtlingsmädchen in Rabat. Eine neue Gruppe gründet sich aktuell in Burkina Faso. Das Netzwerk hat 100 bis 500 Mitstreiterinnen und Mitstreiter in Westafrika und ca. 30 Aktive in der europäischen Sektion. Letztere trifft sich alle drei Monate. Die Sektion in Mali trifft sich wöchentlich und die Sektion in Togo täglich. Wichtig sind bei diesem Netzwerk die Face-to-Face Kontakte. Aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten der afrikanischen Netzwerkmitglieder reisen die europäischen Aktivistinnen und Aktivisten nach Afrika.

Die Vertreter von Afrique-Europe-Interact betonten vor allem, dass die Ehrenamtlichkeit für das Netzwerk elementar sei. Um nicht bestehende Unterschiede

und Hierarchien weiter zu festigen, müssten auch die Europäerinnen und Europäer so ehrenamtlich arbeiten, wie dies von den afrikanischen Partnerinnen und Partnern gefordert wird.

Für kommunale Entwicklungspolitik heißt dies im übertragenen Sinn, gemeinsam mit den Flüchtlingen Möglichkeiten auszuloten, wie in ihren Heimatländern zu arbeiten wäre. Denn Flüchtlinge können ihre eigene Situation und die Gegebenheiten in ihrem Heimatland am besten einschätzen. Dazu gehören auch anzuerkennen, dass

- Migration ein Menschenrecht ist;
- nur Migrantinnen und Migranten, die eigene Entwicklungschancen haben, Beiträge zur Entwicklung leisten können;
- entwicklungspolitische Initiativen/Aktionen in erster Linie Empowerment-Strukturen befördern müssen, wie z. B. durch Übernahme von Infrastrukturkosten (etwa durch power-sharing);
- Migrantinnen und Migranten Netzwerker sind, weshalb sie Zugänge zu einer entsprechenden Infrastruktur wie Facebook; Twitter etc. benötigen;
- Flüchtlinge eine Infrastruktur benötigen, die ihnen sichere Plätze/Orte/Routen zur Verfügung stellt (Alarmphone für Flüchtlinge in Seenot/Watch the Med);
- Migranten in der politischen Bildungsarbeit tätig sind, sowohl hier als auch in ihrem Heimatland, und sei es auch nur, dass sie Plattformen mit Informationen versorgen, die ein realistischeres Bild der Lage ermöglichen;
- Migrantinnen und Migranten politische Aktivistinnen und Aktivisten sowohl in ihren Heimatländern als auch in Deutschland sind.

### **Was können Kommunen außerdem tun, um Migranten/Flüchtlinge zu empowern?**

Die anschließende Diskussion knüpfte an diese Anregungen an und formulierte weitere Vorschläge: Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen könnten

mehr mit den Flüchtlingen/Migranten diskutieren, sie an Entscheidungen beteiligen und ihnen mehr Vertrauen entgegenbringen. Ein kleiner Beitrag könnte z.B. darin bestehen, Rückkehrhilfen mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zu verknüpfen. Bislang hat die Rückkehrhilfe nur ein geringes Budget, in dem informelle Kosten (durch Korruption, Gebühren etc.) nicht berücksichtigt werden. Rückkehrer sind über die Situation in ihrem Heimatland nach langjähriger Abwesenheit nicht mehr umfassend informiert. Sie benötigen daher auch dort Unterstützung im Sinne von Begleitung und Beratung. Außerdem wäre es sinnvoll ihnen eine Rückkehroption offen zu halten, damit zirkuläre Migration wieder möglich wird.

Auch Selbstorganisation in den Flüchtlingsheimen wäre kommunal förderbar: So könnten Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen häufiger in die Heime gehen, mit den Migranten sprechen, Schlüsselpersonen unter den Heimbewohnern identifizieren und gemeinsam Bedarfe des Empowerments ermitteln und umsetzen.

### **Blitzlichter aus der Gesamtdiskussion in der AG:**

Können Flüchtlinge wirklich Entrepreneure im Sinne der Entwicklungspolitik sein oder bedarf es dafür nicht doch einer anderweitigen Qualifizierung?

Es überwog die Meinung, dass Flüchtlinge aufgrund ihrer Ressourcen und Potenziale sehr wohl eine solche Rolle übernehmen könnten, da sie Experten in ihrer Sache sind. Dies müsse aber von beiden Seiten gewollt sein. Die kommunale Entwicklungspolitik würde sich in jedem Fall verändern, da sie bislang auf die Partizipation von Flüchtlingen verzichtet. Die Stärkung und Einbeziehung von Flüchtlingen in die Entwicklungspolitik in Deutschland sei als Thema noch nicht gesetzt. Behörden hielten sich an eine weiterhin restriktive und auf Abwehr ausgelegte Ausländer- und Asylpolitik. Das Augenmerk sei deshalb auch auf Veränderungen in den Administrationen in Deutschland zu legen: Nötig zur Stärkung der

Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen wäre ein Migrationsministerium oder zumindest ein kommunales Wahlrecht für Flüchtlinge und Migranten.

Auch der Begriff Entwicklungspolitik schien unterschiedlich interpretiert zu werden. Für die Einen ist Entwicklungspolitik, sich für Flüchtlinge einzusetzen, um ihr Wissen für eine Umsteuerung in globalen Fragen einzubinden. Dazu gehörten beispielsweise auch Debatten über das Konsumverhalten in Deutschland sowie die globale Macht- und Ressourcenverteilung. Andere waren von den Qualifizierungen der Flüchtlinge für die Entwicklungspolitik nicht überzeugt. Da nicht jeder Bewohner in Deutschland über umfangreiches entwicklungspolitisches Knowhow verfüge, könne das von Flüchtlingen auch nicht erwartet werden, so das Argument.



Foto: Mahmoud Dabdoub

Insgesamt bestand allerdings Einigkeit darin, dass es wichtig sei, die Interessen der Flüchtlinge und Migranten abzufragen und einzubeziehen. Wichtig seien weitere Vernetzungen dieser Akteure auf kommunaler Ebene, das Zusammendenken von Integration und Entwicklung und die Berücksichtigung von Unternehmen in solchen Prozessen.

Konkret wurden etwa SKEW-finanzierte Förderungen vorgeschlagen, die Flüchtlinge mit anderen Akteuren der Entwicklungspolitik in den Kommunen zusammenbringen, um gemeinsame Aktivitäten und Arbeitsstrukturen zu etablieren.

## AG Empowerment für Neubürger

Die Ausgangsfrage der Arbeitsgruppe lautete: Was können Kommunen tun, um Flüchtlinge zu unterstützen? Wie werden Flüchtlinge wahrgenommen? Wie kommen wir zu einem besseren kommunalen Engagement für Flüchtlinge?

Der Input von Stephan Dünnwald griff noch einmal die Thematik der Sichtbarkeit auf, stellte aber präziser die Frage nach der Verantwortung und den Möglichkeiten der Kommune, Flüchtlinge als Akteure zu unterstützen, einzubeziehen und sichtbar zu machen. Stephan Dünnwald warf in seinem Input die Frage auf, ob wir nicht einen neuen Begriff bräuchten, um die Einordnung von Flüchtlingen in eine sozial bedürftige Randgruppe zu verändern und den Blick darauf zu lenken, dass Flüchtlinge auch in der Lage sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, wenn es ihnen denn ermöglicht wird. Vielleicht sei ja die Bezeichnung „Neubürger“ geeignet, eine Änderung der Wahrnehmung auf Flüchtlinge zu bewirken?

Die anschließende Diskussion schloss hier an, die Teilnehmenden konnten jedoch mit dem Begriff „Neubürger“ nicht viel verbinden. Es wurde diskutiert, ob man Flüchtlinge nicht lieber auch als Migrantinnen und Migranten bezeichnen sollte, um hier die unterschiedliche Kategorisierung und Hierarchisierung aufzuheben. Dagegen wurde eingewandt, dass mit dem Begriff Flüchtling (und den Derivaten Asylantragsteller, Geduldete, abgelehnte Flüchtlinge usw.) ein ganzes Arsenal behördlicher Auflagen und Beschränkungen einhergehe. Flüchtlinge anders zu benennen, würde die besondere aufenthaltsrechtliche Situation von Flüchtlingen unter den Tisch fallen lassen. Schließlich war umstritten, ob eine andere Benennung zu einer anderen Einstellung führe. Vielmehr müsse die Praxis geändert werden.

Es wurde von einem Beispiel berichtet, das symbolisch wirkt. Der Bürgermeister einer kleinen Stadt im Schwarzwald (St. Georgen) habe die Flüchtlingsunterkunft nicht irgendwo am Stadtrand sondern gleich gegenüber dem Rathaus errichten lassen. Aus der Sicht einiger Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte müsse die Kommune mit der Spitze vorangehen. Die Integrationsbeiräte hätten selbst eine zu schwache Position, um die Stimmung in der Kommune positiv zu gestalten. Auch die strikten ausländerrechtlichen Vorgaben würden eine stärkere Integration von Flüchtlingen oft verhindern. Dagegen wurde allerdings eingewandt, dass die Migrantinnen und Migranten in einer Kommune selbst nicht immer besonders aufgeschlossen gegenüber Flüchtlingen seien. In manchen Kommunen ist es Flüchtlingen nicht gestattet, an den Beiratswahlen teilzunehmen, bevor sie nicht einen sicheren Aufenthalt haben. In anderen gestatte es die Satzung nicht einmal, sich für Flüchtlinge ohne sicheren Aufenthaltsstatus einzusetzen.

Praktische Vorschläge aus der Diskussionsrunde kamen vor allem zu Inklusionsmaßnahmen: bessere Unterstützung beim Zugang zu Deutschkursen etwa, entweder durch von der Kommune finanzierte Kurse oder durch die Übernahme von Fahrtkosten, damit Flüchtlinge das Kursangebot erreichen können.

Zum Themenkomplex „eingesessene“ und „neue“ MigrantInnen wurde beigetragen, dass Migrantinnen und Migranten auch einer strukturellen Diskriminierung unterliegen würden, die ihre Handlungsspielräume einschränke. Ein zweiter Aspekt war, dass man nicht die „alten“ Migrantinnen und Migranten zu Experten machen dürfe für die Interessen und Bedürfnisse neu angekommener Flüchtlinge. Zwar sei eine Mittlerrolle von Migrantinnen und Migranten wichtig, aber sie solle sie nicht zu Sprecherinnen und Sprechern über Flüchtlingsinteressen erheben.

Kommunen und Migrantenverbände könnten sich weiter dafür einsetzen, dass Übersetzungsleistungen

leichter zugänglich sind, dass insbesondere die kommunalen Strukturen stärker auf das Primat der Menschenwürde verpflichtet werden und die Unterstützung von Flüchtlingen nicht nur ein Ehrenamt bleibt sondern auch eine Verpflichtung der Kommunen. Obwohl die Kommune auch an den rechtlich engen Rahmen des Ausländerrechts gebunden sei, gebe es hier doch viele Spielräume, die auch zugunsten von Flüchtlingen genutzt werden könnten, wenn der Wille bestehe. Dem stehe aber gegenüber, dass Flüchtlinge oft in erster Linie als eine Belastung wahrgenommen werden. Offen blieb die Frage, ob es hier zwischen Ost- und Westwahrnehmung deutliche Unterschiede gibt.

Im Laufe der Diskussion wurde eingewandt, dass, obwohl im Bereich der Inklusion sehr viel mehr getan werden könne, reine Inklusionsmaßnahmen nicht ausreichen, um Flüchtlingen mehr Sichtbarkeit zu geben und sie als Akteure in der Stadt zu qualifizieren und zu unterstützen. Für eine eingehendere Diskussion der Stärkung von Flüchtlingen im Bereich Entwicklungspolitik fehlte dann aber die Zeit.

Große Einigkeit bestand hingegen gegenüber Vorschlägen, das Thema Solidarität stärker als Klammer und Motivation zwischen Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten sowie der weiteren Gesellschaft zu nutzen.

## „Wie kann das entwicklungspolitische Engagement von Flüchtlingen gestärkt werden?“

In der Plenumsdiskussion wurden die verschiedenen Themen und Vorschläge aus den Workshops unter dieser Fragestellung in die große Runde gebracht. Moderator Miguel Ángel Ruiz Martínez vom entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen stellte darüber hinaus die Frage, was eigentlich unter kommunaler Entwicklungspolitik verstanden werde. Er habe die Erfahrung, dass es hier unterschiedliche

Wahrnehmungen gibt und kommunale Entwicklungspolitik oft mit Entwicklungshilfe gleichgesetzt werde. Dabei ginge es nicht um eine Hilfeleistung aus den Ländern des Globalen Nordens an die des Globalen Südens. Kommunale Entwicklungspolitik beinhalte vielmehr gleichberechtigte Nord-Süd-Partnerschaften und entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland. Wenn man von Partizipation von Flüchtlingen in diesem Bereich rede, müsse man auch den entwicklungspolitischen Ansatz in Kommunen verbessern.

Viele Teilnehmende teilten diesen Ansatz. Entwicklungspolitik müsse in diesem Sinne auch als Veränderung der deutschen Gesellschaft verstanden werden. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Mangel an Informationen über globale Zusammenhänge seitens der Mehrheitsgesellschaft festgestellt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Diskussion um das Thema Flucht in Deutschland auch im Kontext der sozialen Probleme gesehen werden müsse.

Die Rolle der Kommune wurde bei diesen Überlegungen erneut hervorgehoben. Sie sei schließlich der Ort, wo Flüchtlinge vom Rande in die Mitte der Gesellschaft rücken könnten, was auch ihr (entwicklungspolitisches) Engagement stärken würde. Dabei wurde die kommunale Verwaltungsstruktur als Vorteil identifiziert. Es sei hier wesentlich leichter, bestimmte Themen zu diskutieren und Maßnahmen umzusetzen, als auf Landes- und Bundesebene. So zum Beispiel verschiedene Teilhabemöglichkeiten für Flüchtlinge. Voraussetzung hierfür sei aber, dass Themen wie Internationales, Entwicklungspolitik oder Integration nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

## Gute Beispiele und Projektideen

In einer abschließenden Runde wurden nochmals gute Beispiele und Projektideen für die Partizipation von Flüchtlingen in der kommunalen Entwicklungspolitik gesammelt. Vereinzelt wurden diese bereits in den vorherigen Diskussionen erwähnt. Ein Teil der

Vorschläge richtete sich konkret auf die Stärkung von Flüchtlingen und die Verbesserung ihrer Situation in Flüchtlingsheimen:

- Interkulturelle Gärten in Flüchtlingsheimen bieten Orte der Erholung und des Austauschs;
- Die Einrichtung von Willkommenszentren mit Fachinformationen (Beispiel Baden-Württemberg) sichert den Zugang zu Informationen – auch über die Kommunalpolitik;
- Die Verfügbarmachung von Tickets für den ÖNV oder von Fahrrädern verbessert die Mobilität von Flüchtlingen und somit ihre Teilnahme am alltäglichen Leben;
- „Steckbriefe“ von Flüchtlingen mit Angabe von Fähigkeiten, Interessen, Aktivitäten könnten bei der Vermittlung helfen;
- Durch Sportaktivitäten und No Stress Days mit Musik und Filmen etc. könnte das eintönige Leben in den Flüchtlingsheimen kurzfristig verbessert werden;
- Die Wohnsituation von Flüchtlingen sollte verbessert werden. Als Beispiel wurde das Konzept in Münster genannt, wo Flüchtlinge in Wohnungen und nicht in großen Flüchtlingsheimen leben;
- Der Aufbau eines Pools von Sprachmittlern beschleunigt Kommunikationsprozesse.

Ein zweiter Block an Themen und Vorschlägen orientierte sich aber darüber hinaus auch an dem Ziel, Flüchtlinge in die kommunale Entwicklungspolitik einzubinden oder Kontakte zwischen Flüchtlingen und anderen Akteuren auf der kommunalen Ebene zu stärken, um die Partizipation von Flüchtlingen zu unterstützen.

- Durch kommunale Foren in Flüchtlingsheimen könnte die Erwartungshaltung von Flüchtlingen sowie Bürgerinnen und Bürgern ermittelt werden. Flüchtlingen würde Raum geboten, um ihre Geschichten zu erzählen (= entwicklungspolitische Bildung);



Ein weiterer Schritt könnte sein, systematisch Strukturen zu gemeinsamen Diskussionsforen zu schaffen bei denen auch Fragen zu kommunaler Entwicklungspolitik behandelt werden können;

- Grundsätzlich gilt es, Schlüsselpersonen und Multiplikatoren unter Flüchtlingen und der Mehrheitsgesellschaft für das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement zu finden, zu stärken und einzubinden. Das könnten u.U. auch Dolmetscher in einer Doppelfunktion sein;
- Die Erstellung und Verbreitung von Narrativen über Erfahrungen der Flüchtlinge etwa in Form von Dokumentationen führt zur allgemeinen Sensibilisierung zum Thema Flucht und dient der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit;
- Studierende aus allen Ländern sollten in der Einbindung von Flüchtlingen in die kommunale Entwicklungspolitik einbezogen werden.
- Die Voraussetzung zur Einbindung von Flüchtlingen ist die Durchführung von Eine-Welt-Projekten;
- Bei der Einbindung von Flüchtlingen in die kommunale Entwicklungspolitik sollten die Religionszugehörigkeiten berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit der Religionen wäre dabei ein Ansatz für gemeinsames Engagement;
- Es könnten gezielt Unternehmen für Projekte mit Flüchtlingen einbezogen werden;

- Der Kulturbereich kann verstärkt dazu genutzt werden, das Thema Flucht durch Wanderausstellung, Lesungen, Musik ect. aufzugreifen. Dabei bietet sich auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen.

Mit dieser Sammlung von Beispielen, Handlungsempfehlungen und Projektideen endete der Fachtag. Die Ergebnisse beider Fachtage werden in ein Gutachten zum Thema miteinfließen, welches voraussichtlich Mitte 2015 veröffentlicht wird.

### Kontakt:

**Kevin Borchers**

**Projektleiter Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene**

Telefon +49 (0) 228 - 20717 - 315

E-Mail: [kevin.borchers@engagement-global.de](mailto:kevin.borchers@engagement-global.de)

[www.service-eine-welt.de/migration](http://www.service-eine-welt.de/migration)



Foto: Mahmoud Dabdoub